

Statement

Seite 1/4

Tanja Müller-Ziegler,
Vorstandsmitglied des
Bundesverbandes der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken (BVR)

**Pressekonferenz zum Konsolidierten
Jahresabschluss der
Genossenschaftlichen
FinanzGruppe Volksbanken
Raiffeisenbanken 2022**

4. Juli 2023

**Bundesverband der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken • BVR**

Melanie Schmergal
Abteilungsleiterin
Kommunikation und
Öffentlichkeitsarbeit
Pressesprecherin

Cornelia Schulz
Pressesprecherin

Steffen Steudel
Pressesprecher

Schellingstraße 4
10785 Berlin

Telefon: +49 30 2021-1300

presse@bvr.de
www.bvr.de
twitter.com/BVRPresse
facebook.com/BVRBerlin
linkedin.com/company/bvrberlin/

Statement

Seite 2/4

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir blicken, wie Frau Kolak soeben ausführte, auf ein Geschäftsjahr 2022 mit vielfältigen Herausforderungen und durch mehrere Krisen geprägten Rahmenbedingungen. Diese kombinierten Effekte führten zu zinsinduzierten Bewertungseffekten in den Eigenanlagen unserer Institute. Ich möchte vorab festhalten, dass es sich fast ausschließlich um temporäre Effekte handelt, da die Anlagen solide Bonitäten aufweisen und grundsätzlich bis zu den Endfälligkeiten verbleiben. Dieser Effekt dominiert jedoch deutlich den konsolidierten Jahresabschluss der genossenschaftlichen FinanzGruppe 2022, mit dessen Ergebnis wir eben vor dem Hintergrund zufrieden sind. Für den konsolidierten Jahresabschluss haben wir die HGB-Bilanzen der Genossenschaftsbanken auf die internationalen Rechnungslegungsstandards analog IFRS übergeleitet und können so Transparenz über die Geschäftsentwicklung unserer FinanzGruppe herstellen. Dies ist auch Grundlage für die Beurteilungen durch die externen Ratingagenturen.

Im Berichtsjahr 2022 verzeichnet die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken einen **konsolidierten Gewinn vor Steuern** von 3,9 Milliarden Euro. Im Vergleich zu dem überdurchschnittlichen Ergebnis von 10,5 Milliarden Euro im Jahr 2021 entspricht dies einem Rückgang, der insbesondere auf den erwähnten temporären Bewertungseffekten in den Wertpapierportfolien der Genossenschaftsbanken fußt. Beide Jahre sind gekennzeichnet durch stark volatile Bewertungseffekte. Betrachten wir das operative Bankgeschäft mit unseren Kunden, bereinigt um Bewertungseffekte, liegen wir – nahezu unverändert zum Vorjahr – auch 2022 bei einem Ergebnis von über 8 Milliarden Euro.

Mit 2,8 Milliarden Euro gezahlten Ertragsteuern im Jahr 2022 erbringt die genossenschaftliche FinanzGruppe unmittelbar einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag zur Finanzierung der regionalen Infrastruktur. **Nach Steuern** belief sich der **konsolidierte Jahresüberschuss** der genossenschaftlichen FinanzGruppe auf gut 2,1 Milliarden Euro. Aufgrund erster positiver Effekte durch das höhere Zinsniveau und das weiter wachsende Kreditvolumen konnte der **Zinsüberschuss** 2022 um 12,7 Prozent auf 20,5 Milliarden Euro gesteigert werden. Mit 8,6 Milliarden Euro liegt der **Provisionsüberschuss** stabil auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Haupterlösquellen bleiben der Zahlungsverkehr einschließlich Kartengeschäft und das mit unseren Kunden getätigte Wertpapiergeschäft. Die Aufwendungen für die **Risikovorsorge** lagen saldiert bei 1,4 Milliarden Euro, nachdem 2021 eine Auflösung in Höhe von 0,3 Milliarden Euro erfolgte. Ein Großteil der 2022 gebildeten Risikovorsorge basiert auf modellinduzierten Effekten in den Stufen 1 und 2 gemäß IFRS 9. Dies ist eine Reserve für die kommenden Jahre und die absehbaren Risiken.

Herr Quinten wird auf die Risikosituation gleich näher eingehen.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** belief sich 2022 auf minus 6,8 Milliarden Euro nach minus 0,2 Milliarden Euro im Vorjahr. Diese Entwicklung ist vor allem auf die eingangs erwähnten temporären zinsinduzierten Bewertungseffekte zurückzuführen, die in den nächsten Jahren zu Wertaufholungen führen können. Mit 19,1 Milliarden Euro um 3 Prozent über dem Vorjahreswert lagen 2022 die **Verwaltungsaufwendungen**. Diese Entwicklung ist von Lohnsteigerungen und zusätzlichen Investitionen sowie inflationsbedingt gestiegenen Kosten und Energiepreisen geprägt. Die **Aufwand-Ertrags-Relation** erhöht sich, insbesondere durch das Bewertungsergebnis Wertpapiere, auf 78,4 Prozent nach 64,6 Prozent im Vorjahr.

Unser Bankgeschäft mit den Kunden verlief 2022 ausgesprochen positiv, dies zeigt sich in der konsolidierten Bilanz 2022 der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Das **Kreditgeschäft** verzeichnete erneut eine robuste Entwicklung. So erhöhten sich die Forderungen an die Kunden gegenüber dem Vorjahr um rund 6 Prozent und erreichen mit 999,9 Milliarden Euro erstmals die Grenze von einer Billion Euro; eine Bestätigung der guten Marktpositionierung unserer Banken. Auch auf der Passivseite weist das Kundengeschäft ein konstantes Wachstum auf. Das zur Kreditrefinanzierung herangezogene **Einlagengeschäft** mit den Kunden stieg erneut um rund 5 Prozent. Fast spiegelbildlich zum Kreditgeschäft liegt das Volumen bei 1.033 Milliarden Euro nach 985 Milliarden Euro im Vorjahr. Die gesunkene Sparquote der Bundesbürger sowie erste Umschichtungen in verzinsliche Anlageprodukte erklären den Wachstumsrückgang im Vergleich zum Vorjahr. Die konsolidierte **Bilanzsumme** bleibt mit einem Wachstum von knapp einem Prozent relativ konstant.

Der **Ausblick auf das laufende Geschäftsjahr** der FinanzGruppe stimmt uns zum aktuellen Zeitpunkt optimistisch. Wir rechnen derzeit nicht mit weiteren wesentlichen Bewertungseffekten in den Eigenanlagen, sondern bereits mit ersten Wertaufholungen. Darüber hinaus erwarten wir einen Anstieg im Zinsüberschuss. Dabei wird der Zinsaufwand relativ stärker als der Zinsertrag steigen, da die Institute mit weiter anziehendem Leitzinsniveau Zinsen an die Kunden weitergeben. Insgesamt erwarten wir 2023 ein Ergebnis auf dem durchschnittlichen Niveau der Geschäftsjahre vor 2022. Wir erwarten insgesamt konstante aufsichtsrechtliche Kapitalquoten. Auf die Kapital- und Risikosituation wird mein Vorstandskollege Daniel Quinten gleich näher eingehen.

Statement

Seite 4/4

Meine Damen und Herren, die Art und Weise wie wir leben und arbeiten ist im Wandel. Digitalisierung, Automatisierung und Industrie 4.0 sind wichtige Schlagworte. Es ist nur folgerichtig, dass die Europäische Zentralbank (EZB) mit dem **digitalen Euro** den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu Zentralbankgeld im digitalen Zeitalter ermöglichen will. Wir befürworten den digitalen Euro, wenn er richtig gestaltet wird. Und zwar als bares Zahlungsmittel, als digitalen Zwilling des Bargeldes und nicht als Geldanlage. Das bedeutet, dass sich die wichtigsten Eigenschaften des Bargelds, Offlinefähigkeit und Anonymität, auch in einem digitalen Euro ohne Kompromisse wiederfinden und die Arbeitsteilung zwischen Zentralbank und Geschäftsbanken unberührt bleibt. Auch halten wir ein Haltelimit von 500 Euro pro Person analog einem sehr vollen Portemonnaie für sinnvoll und gut vereinbar mit einem Höchstmaß an Anonymität beim Zahlen.

Ein gut gestalteter digitaler Euro könnte privatwirtschaftliche Zahlungsverkehrslösungen als Rohmaterial unterstützen. Leider gehen die Planungen der EZB über Rohmaterial deutlich hinaus. Der am 28. Juni veröffentlichte Legislativvorschlag der EU-Kommission zum digitalen Euro erteilt der EZB einen Freifahrtschein. Demnach darf die EZB beliebig entscheiden, einen digitalen Euro sogar als umfangreiches quasi staatliches Zahlverfahren oder Girokonto zu gestalten. Dies würde eine Teilverstaatlichung des privaten Finanzsektors bedeuten und private Banken zum ausgelagerten Filialnetz der EZB degradieren. Dieses deutlich zu weitreichende Mandat an die EZB muss zwingend auf Basis einer breiten gesellschaftlichen Debatte diskutiert und demokratisch entschieden werden.

Der digitale Euro ist aber nicht das einzige Thema, das auf der europäischen Ebene vorangetrieben wird. So hat die Kommission am 28. Juni einen Legislativvorschlag zu **Open Finance** vorgelegt, der den Zugang zu Kundendaten durch Dritte erleichtern soll. Wir unterstützen zwar den Grundgedanken eines offenen Finanzwesens, lehnen aber den Umfang der vom Entwurf erfassten neuen Datenquellen ab, auch wenn der Datenzugriff auf Basis der Kundenzustimmung erfolgt. So haben wir starke Bedenken zum Beispiel gerade bei Depot- und Sparkontodaten. Entsteht hier wirklich ein Nutzen für den Kunden oder kann es zu Fehlberatung und Mis-Selling durch Drittanbieter kommen? Diese Bedenken müssen im Gesetzgebungsprozess ernst genommen werden. Meine Damen und Herren, wir sehen es als unsere Aufgabe an, Zukunftsprojekte wie den digitalen Euro und Open Finance aktiv mitzugestalten und dadurch einen Beitrag zu einer souveränen Europäischen Union zu leisten.